

N i e d e r s c h r i f t
über die 35. - öffentliche - Sitzung
des Unterausschusses „Medien“
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
am 26. November 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3987](#)
Fortsetzung der vorbereitenden Beratung 4
2. **Terminangelegenheiten**..... 5

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Colette Thiemann (CDU), Vorsitzende
2. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
3. Abg. Stefan Klein (SPD)
4. Abg. Andrea Kötter (SPD)
5. Abg. Karola Margraf (SPD)
6. Abg. Claudia Schüßler (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
7. Abg. Tim Julian Wook (SPD)
8. Abg. Reinhold Hilbers (CDU)
9. Abg. Jens Nacke (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
10. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
11. Abg. Thomas Uhlen (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Stephan Christ (i. V. des Abg. Detlev Schulz-Hendel) (GRÜNE)
(per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Abg. Djenabou Diallo Hartmann (GRÜNE)
14. Abg. Jens-Christoph Brockmann (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Triefenbach.

Niederschrift:

Regierungsrätin Harmening, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 15:30 Uhr bis 15:56 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Unterausschuss** billigt die Niederschrift über die 34. Sitzung.

Neues Unterausschussmitglied

Vors. Abg. **Colette Thiemann** (CDU) begrüßt Abg. **Andrea Kötter** (SPD) als neues Unterausschussmitglied. Sie wird dem Unterausschuss künftig anstelle der Abg. Kirsikka Lansmann (SPD) angehören.

Tagesordnungspunkt 1:

Den Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3987](#)

erste Beratung: 38. Plenarsitzung am 18.04.2024

federführend: AfRuV

vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAMedien

zuletzt beraten: 18. Sitzung am 02.10.2024 (Unterrichtung)

Fortsetzung der vorbereitenden Beratung

Abg. **Tim Julian Wook** (SPD) erklärt, die antragstellenden Fraktionen hielten an dem Antrag in der vorliegenden Form fest und wollten ihn heute zur Abstimmung stellen.

Abg. **Thomas Uhlen** (CDU) weist darauf hin, dass die Unterrichtung durch die Landesregierung und die Stellungnahme des Landesdatenschutzbeauftragten ergeben hätten, dass der Antrag in der vorliegenden Form ins Leere laufe, weil EU-rechtlich bereits ein Regelungsziel vorgegeben sei und das Problem eher in der Durchsetzung bestehender Vorgaben liege. Insofern stelle sich die Frage, ob die Koalitionsfraktionen tatsächlich an dem Antrag festhalten wollten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie in der 18. Sitzung angekündigt hätten, den Antrag gegebenenfalls ergänzen zu wollen.

Abg. **Tim Julian Wook** (SPD) bekräftigt, die Koalitionsfraktionen hätten über den Antrag beraten und seien zu dem Schluss gekommen, ihn in der vorliegenden Form zur Abstimmung stellen zu wollen.

Abg. **Jens Nacke** (CDU) sagt, die CDU-Fraktion habe mit einem Änderungsvorschlag der antragstellenden Fraktionen gerechnet und würde ihn in der vorliegenden Form ablehnen. Vor diesem Hintergrund bitte er darum, den Abschluss der Beratung zu verschieben, sodass die CDU-Fraktion Gelegenheit bekomme, ihrerseits einen Änderungsvorschlag einzubringen.

Abg. **Thomas Uhlen** (CDU) unterstützt den Vorschlag und merkt an, im Sinne eines sachorientierten Austauschs und eines guten Beratungsergebnisses sei es sicherlich sinnvoll, gegebenenfalls auch gemeinsam an einer Weiterentwicklung des Antrags zu arbeiten.

Abg. **Tim Julian Wook** (SPD) und Abg. **Djenabou Diallo Hartmann** (GRÜNE) zeigen sich damit einverstanden, den Abschluss der Beratung zu verschieben.

Der **Unterausschuss** beschließt einstimmig, die Beratung in einer der nächsten Sitzungen fortzusetzen.

Tagesordnungspunkt 2:

Terminangelegenheiten

Besuch der Gamescom

Vors. Abg. **Colette Thiemann** (CDU) spricht den Besuch der Computer- und Videospielemesse Gamescom, die vom 26. bis 30. August 2026 in Köln stattfindet, an und erinnert daran, dass die finale Besprechung dieses Punkts in der 34. Sitzung auf die heutige Sitzung vertagt worden sei.

Abg. **Tim Julian Wook** (SPD) erklärt, der Besuch im vergangenen Jahr sei sicherlich sehr erkenntnisreich gewesen, aber angesichts des engen Terminkalenders und der für Herbst 2026 vorgesehenen Kommunalwahlen in Niedersachsen seien die Koalitionsfraktionen übereingekommen, im nächsten Jahr von einer gemeinsamen Reise des Unterausschusses zur Gamescom absehen zu wollen.

Abg. **Djenabou Diallo Hartmann** (GRÜNE), Abg. **Jens-Christoph Brockmann** (AfD) und Abg. **Jens Nacke** (CDU) schließen sich diesen Ausführungen an.

Der **Unterausschuss** beschließt einstimmig, auf eine Reise zur Gamescom 2026 zu verzichten.

Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel

Vors. Abg. **Colette Thiemann** (CDU) kommt auf die für den 16. bis 18. März 2026 angedachte Reise des Unterausschusses nach Brüssel zu sprechen und stellt zur Diskussion, ob der Unterausschuss an der Reiseplanung festhalten wolle und welche Themen im Rahmen der Reise bearbeitet werden sollten. Im Namen der CDU-Fraktion fügt sie hinzu, dass sich diese für die Reise im geplanten Zeitraum ausspreche.

Abg. **Tim Julian Wook** (SPD) sagt, die SPD-Fraktion befürworte die Reise ebenfalls und habe großes Interesse, dort das Thema Digital Services Act und Regulierung im Bereich Social Media zu vertiefen.

Abg. **Djenabou Diallo Hartmann** (GRÜNE) schließt sich ihrem Vorredner an und bittet um noch ein wenig Zeit, um weitere Themenvorschläge einzureichen.

Abg. **Jens-Christoph Brockmann** (AfD) stimmt der Reiseplanung namens der AfD-Fraktion ebenfalls zu.

Der **Unterausschuss** beschließt einstimmig, in dem vorgesehenen Zeitraum nach Brüssel zu reisen. Die Fraktionen werden gebeten, der Landtagsverwaltung bis zum 3. Dezember 2025 Themenwünsche mitzuteilen.

Einladung des Chefs der Staatskanzlei

Abg. **Jens Nacke** (CDU) spricht an, dass Staatssekretär Doods die für heute vorgesehene Unterrichtung zur künftigen Medienpolitik der Landesregierung aufgrund eines anderen dringenden Termins kurzfristig habe absagen müssen, und bittet darum, die geplante Unterrichtung zeitnah im neuen Jahr nachzuholen.

Vors. Abg. **Colette Thiemann** (CDU) schlägt mit Blick auf den Sitzungskalender vor, die Unterrichtung durch Staatssekretär Doods für die am 8. April 2026 geplante Sitzung vorzusehen, sofern dies mit seinem Terminkalender vereinbar sei.

Der **Unterausschuss** beschließt, so zu verfahren.
